

Amtsgericht Hagen
- Mahnabteilung -
58081 Hagen

Beglaubigte Fotokopie

VOLLSTRECKU
vom 23.05.2023 aufgrun
erlassenen und am 28.04.2023
Geschäftsnummer: .23-200096

Antragsgegner:

Weitersenden innerhalb des Inlands
Geschäftsnummer des Amtsgerichts
Bei Schreiben an das Gericht stets angeben
23-2000964-0-0

Amtsgericht Hagen, 58081 Hagen



Herrn
Darius Hentschel
Breite Str. 91
16278 Angermünde

Antragsteller:

Vodafone GmbH
Ferdinand-Braun-Platz 1
40549 Düsseldorf

gesetzlich vertreten durch:
Geschäftsführer
der GmbH

Prozessbevollmächtigte:

Reg. Inkassounternehmen (§ 10 RDG)
Riverty Services GmbH
Gütersloher Str. 123
33415 Verl

gesetzlich vertreten durch:
Geschäftsführer
der GmbH

Bankverbindung des Prozessbev.:
IBAN DE34 6624 0002 0115 5175 00
BIC COBADEFFXXX

Geschäftszeichen:
S.23.0756206.01.9

028853/0010001
001002/008976



Mahnbescheid

datiert am 25.04.2023

zugestellten Mahnbescheids

4-0-0 Seite 1 von 1

Der Antragsteller macht folgenden Anspruch geltend:

I. Hauptforderung:

- | | |
|--|------------|
| 1. Dienstleistungsvertrag gem. Schreiben vom 29.10.22 | 60,94 EUR |
| 2. Schadenersatz aus Dienstleistungs-Vertrag gem. Schreiben vom 17.01.23 | 209,79 EUR |

II. Verfahrenskosten (Streitwert: 270,73 EUR):

- | | |
|--|-------------------|
| 1. Gerichtskosten: | |
| - Gebühr (§§ 3, 34, Nr. 1100 KV GKG) | 36,00 EUR |
| 2. Auslagen des Antragstellers für dieses Verfahren: | |
| - Vergütung Inkassodienstleistung für die Vertretung des Antragstellers im Mahnverfahren (i.S.d. § 13 e Abs. 1 RDG) | 36,75 EUR |
| - Vergütung Inkassodienstleistung für die Vertretung des Antragstellers im Verfahren über den Antrag auf Erlass eines Vollstreckungsbescheids (i.S.d. § 13 e Abs. 1 RDG) | 29,40 EUR |
| Summe Kosten | 102,15 EUR |

III. Nebenforderungen:

- | | |
|-----------------------|-----------|
| 1. Mahnkosten | 2,00 EUR |
| 2. Auskünfte | 15,00 EUR |
| 3. Bankrücklastkosten | 8,00 EUR |
| 4. Inkassokosten | 52,92 EUR |

IV. Zinsen:

- | | |
|---|----------|
| 1. vom Antragsteller ausgerechnete Zinsen vom 06.02.23 bis 24.04.23 | 3,83 EUR |
| 2. laufende, vom Gericht ausgerechnete Zinsen:
Zinsen von 5,000 Prozentpunkten über dem jeweils gültigen Basiszinssatz zu Hauptforderung | |
| I.1 aus 60,94 EUR für den 25.04.23 | 0,01 EUR |
| I.2 aus 209,79 EUR für den 25.04.23 | 0,04 EUR |

Gesamtsumme 454,68 EUR

- | | |
|---|--|
| 3. hinzu kommen weitere laufende Zinsen:
Zinsen von 5,000 Prozentpunkten über dem jeweils gültigen Basiszinssatz zu Hauptforderung | |
| I.1 aus 60,94 EUR ab dem 26.04.23 | |
| I.2 aus 209,79 EUR ab dem 26.04.23 | |

Der Antragsteller hat erklärt, dass der Anspruch von einer Gegenleistung abhängt, diese aber erbracht sei.

Auf der Grundlage des Mahnbescheids ergeht Vollstreckungsbescheid wegen vorstehender Beträge.

Die Kosten des Verfahrens haben sich ggf. um Gebühren und Auslagen für das Verfahren über den Vollstreckungsbescheid erhöht.

Die Kosten des Verfahrens sind ab 23.05.2023 mit fünf Prozentpunkten über dem jeweiligen Basiszinssatz zu verzinsen.

Beachten Sie bitte die Hinweise auf der Rückseite.

Ausfertigung für den Antragsgegner

Bejma-Donner
Rechtspfleger



Hinweise des Gerichts

Bitte beachten Sie, dass das Gericht im Mahnverfahren nicht prüft, ob der geltend gemachte Anspruch besteht. Lassen Sie daher Zweifel, ob der Anspruch besteht, nicht auf sich beruhen, auch wenn diese nur durch die Vorlage der Unterlagen (Vertrag, Kontoauszüge) beseitigt werden können. Schauen Sie sich vielmehr sofort alle Ihnen zur Verfügung stehenden Unterlagen (Vertrag, Kontoauszüge) an. Verbleiben danach Zweifel, so kann es sich empfehlen, sich umgehend mit einem Rechtsanwalt, in Verbindung zu setzen. Im Rahmen ihres Aufgabenbereichs kann Ihnen auch die Verbraucherzentrale oder Verbraucherberatungsstellen der öffentlichen oder freien Wohlfahrtsverbände Auskunft über die Kosten der Rechtsverfolgung erteilen.

Zahlungen

Zahlungen – gleichgültig, ob sie die Hauptforderung, die Zinsen, Nebenforderungen oder die Kosten betreffen – sind nur an den Antragsteller zu richten.

Das Gericht kann Ihre Zahlung nicht entgegennehmen.

Zahlen Sie an den Antragsteller unmittelbar oder auf das von ihm bezeichnete Konto; falls Sie von dem Gerichtsvollzieher dazu aufgefordert werden, zu dessen Händen.

Zahlungsaufschub, Ratenzahlung

Zahlungsaufschub oder Ratenzahlung kann nur der Antragsteller bewilligen.

Wenn Sie die Zahlung zur Zeit nicht voll aufbringen können, empfiehlt es sich, mit dem Antragsteller oder seinem Prozessbevollmächtigten zu verhandeln. Verhandlungen führen erfahrungsgemäß häufig zum Erfolg, wenn eine Teilzahlung angeboten wird.

Das Gericht kann Ihnen keinen Zahlungsaufschub und keine Ratenzahlung bewilligen.

Zahlungsunfähigkeit

Zahlungsunfähigkeit befreit nicht von der Verpflichtung, eine Schuld zu bezahlen. Ein Einspruch kann selbst dann nicht auf Zahlungsunfähigkeit gestützt werden, wenn diese auf Krankheit, Erwerbslosigkeit oder anderen Notlagen beruht.

Bei finanzieller Notlage kann es sich im einzelnen Fall empfehlen, mit einer *Schuldnerberatungsstelle* der öffentlichen oder freien Wohlfahrtsverbände Verbindung aufzunehmen.

023553/001056
00001/0000001
001062/008976

s für den Antragsgegner

spruch begründet ist.

eine Nebenforderung (z.B. Höhe der Zinsen) betreffen.

stenvoranschlag, Rechnung, Kontoauszug, Zahlungsbelege usw.) genau an.

einer Rechtsanwältin oder mit einer sonst zur Rechtsberatung befugten Person oder Stelle zentrale bei einer außergerichtlichen Klärung der Rechtsfrage behilflich sein. Die genannten einer Rechtsberatung oder Rechtsverteidigung nicht aufbringen können.

Einspruch

Gegen den Vollstreckungsbescheid kann innerhalb einer Frist von **zwei Wochen** **Einspruch** eingelegt werden. Der Einspruch muss innerhalb dieser Frist bei Gericht eingegangen sein, die Frist beginnt mit Zustellung des Bescheids. Der Einspruch **ist an das Gericht zu richten, das den umseitigen Bescheid erlassen hat** und muss **schriftlich** eingelegt werden oder vor dem Urkundsbeamten der Geschäftsstelle eines Amtsgerichts erklärt werden. Wird der Einspruch vor dem Urkundsbeamten der Geschäftsstelle eines anderen als des umseitig bezeichneten Gerichts erklärt, so beachten Sie bitte, dass die von dem Urkundsbeamten aufgenommene Erklärung innerhalb der Einspruchsfrist bei dem umseitig bezeichneten Amtsgericht eingehen muss.

Sie haben also, wenn Einwendungen gegen den Anspruch bestehen, auch jetzt noch Gelegenheit, sich gegen diesen zur Wehr zu setzen.

Sollten Sie den Anspruch nicht bestreiten können, ist ein Einspruch zwecklos und verursacht Ihnen **weitere Kosten**.

Machen Sie daher von dem Einspruch nur Gebrauch, wenn Sie meinen, **nicht, noch nicht** oder **wegen eines Teils der geforderten Beträge nicht** zur Zahlung verpflichtet zu sein, oder wenn Sie durch Ihr Verhalten dem Antragsteller **keinen Anlass** gegeben haben, gegen Sie gerichtlich vorzugehen.

Bitte überlegen Sie Ihre Entscheidung **sorgfältig** und holen Sie nötigenfalls umgehend **Rechtsrat** ein, **bevor** Sie den Einspruch einlegen. Sie können den Einspruch selbst einlegen oder sich durch einen Rechtsanwalt, eine Rechtsanwältin oder eine sonst zur gerichtlichen Vertretung befugte Person oder Stelle vertreten lassen.

Wenn Sie den Anspruch nicht insgesamt, sondern nur wegen einer einzelnen Forderung oder eines einzelnen Rechnungspostens oder eines Teils davon als unbegründet ansehen (z.B. die geforderten Zinsen, soweit diese einen bestimmten Prozentsatz übersteigen), sollten Sie den Einspruch **ausdrücklich** auf diese Forderung, diesen Rechnungsposten oder den Teilbetrag **beschränken**. Dadurch können Sie sich **Mehrkosten** ersparen.

EINGANG 16. JUNI 2023

Absender:
siehe Sichtfenster

Hinweis: Umschlag bitte aufbewahren, siehe Rückseite!

Zugestellt am
(Datum, ggf. Uhrzeit, Unterschrift)

11.05.23
10.06.23


Deutsche Post



Weitersenden innerhalb des Inlands
Geschäftsnummer des Amtsgerichts
Bei Schreiben an das Gericht stets angeben
23 - 2000964 - 0 - 0

Amtsgericht Hagen, 53081 Hagen

Herrn
Darius Hentschel
Breite Str. 91
16278 Angermünde



Förmliche Zustellung



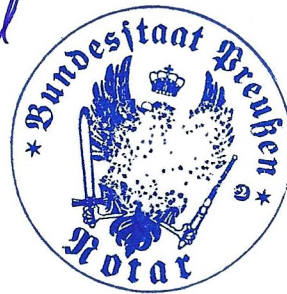
Geschäftsnummer



Vorstehende vollständige Fotokopie der Urschrift des Vollstreckungsbescheides an Darius Hentschel vom Amtsgericht Sagen vom 23.05.2023 in Übereinstimmung mit der mir heute vorliegenden Urschrift als beglaubigte Abschrift erteilt.

Frankfurt Oder, den 07.07.2023

Viktor Ostwald

Notar Viktor Ostwald



 Reichsgericht Berlin  (Convention le Haag vom 5. Octobre 1961)	
State County Pays	Bundestaat Preußen Groß Berlin
Diese öffentliche Urkunde: ist unterzeichnet von:	AD 0056 2023 Viktor Ostwald
ich versehe es mit dem Siegel:	Reichsgericht Berlin
Bestätigung/	Certificat/Akte
in/ at/ a Groß Berlin	am/the/le 07.07.2023
Durch/by/par den Richter im Reichsgericht Berlin	Richter Norman Chambers Norman Chambers
Siegel/Seal/Stamp	